

## Entwaffnung über die Steuern

**Bremerhaven. Der Amoklauf von Lüttich heizt die Debatte um Waffenbesitzrechte an. Die SPD-Bürgerschaftsfraktion will mit einer Sondersteuer die Zahl der Waffen verringern. Der Kostendruck soll viele der 1400 Waffenbesitzer in Bremerhaven dazu bringen, das Arsenal abzurüsten. Die Stadtkasse würde erheblich von der Steuer profitieren: Rund eine Million Euro pro Jahr. Von Klaus Mündelein**



Eine Sondersteuer soll viele der 1400 Waffenbesitzer in Bremerhaven dazu bringen, ihr Arsenal abzurüsten. In der Stadt sind mehr als 4000 Waffen registriert. In die Stadtkasse könnte rund eine Million Euro fließen. Foto dpa

Vor Wochen hat die SPD-Bürgerschaftsfraktion die Waffenbesitzsteuer in die Diskussion gebracht. Es ist nicht der erste Vorstoß von Fraktionschef Björn Tschöpe. Nach dem Amoklauf von Winnenden im Jahr 2009 forderte er eine Verschärfung des Waffenrechts und legte sich mit den Schützenvereinen an. Die protestieren auch beim Thema Waffenbesitzsteuer: „Der Tschöpe will die Schützenvereine vernichten“, sagt Jürgen Wintjen, Präsident des Bezirksschützenverbands Bremerhaven-Wesermünde.

Der SPD sind eindeutig zu viele Waffen im Umlauf. Das Waffenrecht ist Tschöpe zu liberal, nun will er mit Hilfe der Steuer die Entwaffnung vorantreiben. Die Grünen in der

Bürgerschaft tragen das mit. Sie fordern aber zusätzlich einen Vorstoß des Senats auf Bundesebene zur Verschärfung des Waffenrechts. Dazu gehört laut des Abgeordneten Björn Fecker das Verbot von großkalibrigen Kurzwaffen. Dazu gehört aber auch die Digitalisierung von Gewehren. Das heißt: Ein Gewehr ist erst nach Eingabe eines elektronischen Codes oder nach dem Scannen des Fingerabdrucks schussbereit.

In Bremerhaven gibt es rund 1400 Waffenbesitzer. Sie halten rund 4100 Waffen. Da es Überlegungen gibt, Jäger und Sportschützen von der Steuer zu befreien, verringert sich das Potenzial. Aber nicht sehr. Rund 3800 Waffen kann der Fiskus immer noch ins Visier nehmen.

### SPD prüft Waffenbesitzsteuer

Die SPD hat den Senat aufgefordert, eine landesweite Regelung für eine Waffenbesitzsteuer zu prüfen. Gleichzeitig soll auch nach kommunalen Regelungen (Ortsgesetz) gesucht werden. Laut Dr. Ulf Eversberg, Fraktionschef der Grünen in der Stadtverordnetenversammlung, wartet man in der Seestadt aber erst einmal ab, ob es eine landesweite Regelung geben wird.

Die SPD-Bürgerschaftsfraktion hat einen Entwurf für ein Ortsgesetz erarbeitet. 300 Euro werden pro Jahr verlangt. Ausgenommen sind nur aktive Jäger und Menschen, die beruflich Waffen tragen müssen oder die als gefährdete Personen Waffen zum Selbstschutz tragen. Die Sportschützen werden nicht ausgenommen.

In einem juristischen Gutachten für den Städtetag Baden-Württemberg wurde aber vor kurzem eine Ausnahme für die Sportschützen empfohlen, soweit sie den Schießsport leistungsmäßig betreiben.

In Bremerhaven gibt es 13 Schützenvereine mit 1000 Mitgliedern. „Die werden reihenweise ihre Waffen abgeben“, warnt Wintjen, „und dann kann der Fiskus nur einmal kassieren.“ Er befürchtet indessen, dass mit dem Amoklauf von Lüttich der Druck sich noch verstärkt. Seine Bedenken gegen die Steuer hat er nun auch SPD-Chef Sigmar Gabriel geschickt.

Artikel vom 15.12.11 - 07:00 Uhr